

Mehr Pestizide, weniger Geld und Abbau der Kontrollen

Vorschläge des Bundesamts für Landwirtschaft verärgern Bio-und IP-Bauern

von Reto Gerber Sonntagszeitung v. 3.7.05

Zürich -Die neue Agrarpolitik 2011 bringt klare Verschlechterungen für die ökologische Landwirtschaft.

Dies zeigen Unterlagen des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW), die Direktor Manfred Bötsch diese

Woche vor versammelter Branche vorgestellt hat.

Herbert Karch, Geschäftsführer der Kleinbauernvereinigung VKMB, ist entsetzt: «Bötsch leitet eine fragwürdige Trendwende ein.»

Das BLW weist den Vorwurf zurück: «Die vorgesehenen Vereinfachungen reduzieren den Standard insgesamt nicht.»

Geht es nach dem Willen des BLW, erhalten Absatzförderungsprojekte im Bio-Bereich und im Rahmen der Integrierten Produktion (IP) künftig weniger Geld. Der Bund soll sich noch mit maximal 30 Prozent beteiligen. Heute sind es 50 Prozent. Für die Basiskommunikation Beispiel: «Gut gibts Schweizer Bauern» will der Bund weiterhin maximal 50 Prozent zahlen.

Zudem will das BLW verschiedentlich Öko-Vorschriften lockern. Bisher gilt ein Bauernhof nur als Bio-Hof, wenn er ausschliesslich Bio-Produkte herstellt. Neu möchte das BLW, dass ein Bio-Hof beispielsweise Bio-Kartoffeln züchten, gleichzeitig aber konventionellen Obstbau betreiben darf. «Dadurch erhöht sich der Kontrollaufwand massiv», warnt Bio-Suisse-Geschäftsführer Stefan Odermatt. Bio-Produkte würden noch teurer. «Das ist sicher nicht im Sinne der Konsumenten.» Der Schweizerische Bauernverband (SBV) befürwortet den Schritt: «Der Handlungsspielraum der Betriebe wird damit etwas erhöht.»

Künftig dürfen Bauern auch vermehrt Pestizide einsetzen, und die Kontrollen bei der Nährstoff-Bilanz werden reduziert. Während der Bauernverband die Änderungen begrüsst, wehrt sich Herbert Karch von der Kleinbauernvereinigung: «Statt eine offensive Strategie zu verfolgen, betrachtet man im BLW die Ökologie als Kostentreiber und Übungsfeld für administrative Vereinfachung.»

Mit weniger Einkommen müssen Bauern rechnen, die ihr Getreide gemäss den Richtlinien von IP Suisse anbauen. Diese Richtlinien liegen in etwa zwischen den Bio-Vorschriften und dem konventionellen Anbau. IP-Bauern sollen für den Ernteausfall nicht mehr 400 Franken pro Hektar erhalten, sondern nur noch 300 Franken. Fritz Rothen, Geschäftsführer von IP Suisse: «Damit zerstört der Bund mutwillig ein Öko-Programm, das vom Volk gewünscht wird.»

Rothen argumentiert: Wenn die IP-Bauern weniger Entschädigung für den Ernteausfall erhalten, müssen sie konventionell anbauen und die Schweiz hat eine noch grössere Getreideüberproduktion.

Noch weiter als das BLW geht die SVP in ihrem bislang nicht publizierten Strategiepapier «Für eine unternehmerische Landwirtschaft». Die Parteileitung muss das Dokument noch absegnen, doch laut Sprecher Roman Jäggi wird es «voraussichtlich in dieser Form» verabschiedet. Im Strategiepapier ist zu lesen: «Umweltschonende Produktionsmethoden (z. B. Bio) sind durch den Markt und nicht durch Direktzahlungen abzugelten.» SVP-Sprecher Jäggi präzisiert: «Unter umweltschonend versteht die SVP beispielsweise weniger Pestizid- und Düngermiteinsatz.» Darunter fallen offensichtlich die Extensio-Beiträge für IP-Bauern, die immerhin rund 30 Prozent des Schweizer Getreides liefern.

Für IP-Suisse-Geschäftsführer Rothen ist dies ein Horrorszenario. «Ohne Direktzahlungen verschwindet das IP-Getreide, und damit steigt der Verbrauch von Spritz- und Düngemitteln.»

Das dürfte den Agrokonzern Fenaco freuen, der in der Schweiz rund zwei Drittel aller Spritzmittel

verkauft und in dessen Verwaltungsrat die SVP mit Parteipräsident Ueli Maurer und Fraktionspräsident Caspar Baader prominent vertreten ist. Schon heute kontrolliert Fenaco mehr als die Hälfte des Schweizer Getreides. Wenn IP Schweiz verschwindet, dürften es nochmals deutlich mehr werden.

Wie steht es bei den Beiträgen für besonders tierfreundliche Stallhaltung (BTS) und den Beiträgen für regelmässigen Auslauf? Jäggi: «Aus unserer Sicht gehören diese Beiträge nicht zu den umweltschonenden Produktionsmethoden.» Will sagen: Die SVP will diese Beiträge nicht streichen.

Schweinezüchter und Coop wollen Widerstand leisten

Damit steht Jäggi im Widerspruch zu SVP-Nationalrat Hermann Weyeneth, der vor kurzem im «Kassensturz» sagte: «Ich bin der Ansicht, dass solche besonderen Subventionen wie BTS an sich unehrlich sind.»

Widerstand gegen den Abbau beim Tierschutz signalisieren die Schweineproduzenten, die viel Geld in tierfreundliche Ställe investiert haben. Gegen eine Abschaffung der Beiträge ist auch Coop: «Wenn diese Zahlungen wegfallen, würden Qualitätslabel wie Coop Naturaplan massiv unter Druck kommen.» Der Bauernverband hält fest: «Der SBV hält Öko- und Ethobeiträge für eine wichtige Errungenschaft der Agrarpolitik und stellt diese Instrumente in keiner Weise in Frage.»